

Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

freitag, 24. oktober 1969

blatt 3010

finanzausschuss des deutschen staedtetages kommt nach wien

1 wien, 24.10. (rk) auf einladung von vizebuengermeister felix s l a v i k wird der finanzausschuss des deutschen staedtetages in der kommenden woche am dienstag, dem 28, oktober, gemeinsam mit dem finanzausschuss des oesterreichischen staedtebundes im wiener rathaus eine tagung abhalten. delegierte aus baden-wuerttemberg, bayern, berlin, bremen, hamburg, hessen, niedersachsen, nordrhein-westfalen, rheinland-pfalz, saarland und schleswig-holstein werden an der wiener arbeitstagung teilnehmen. ueber die finanzverfassung und den finanzausgleich in der bundesrepublik wird hauptgeschaeftsfuehrer dr. weinberger referieren, ueber die gleichen probleme in oesterreich obersenatsrat dr. josef machtl.

auf wunsch des deutschen staedtetages werden dann spezielle steuer- und finanzierungsprobleme von wiener vortragenden und auf wunsch des oesterreichischen staedtebundes die erfahrungen mit der mehrwertsteuer sowie ueber aufschliessungsleistungen von deutschen fachleuten referiert werden.

zu mittag gibt buengermeister bruno marek fuer die teilnehmer ein essen im rathauskeller.

0845

prospekt fuer friedhofsbesucher:

anregungen fuer zeitgemaesse grabgestaltung

2 wien, 24.10. (rk) auf dem wiener zentralfriedhof und auf den anderen grossen friedhoefern erhalten die besucher ab samstag, auf den kleineren friedhoefern ab anfang naechster woche gleichzeitig mit einer fragekarte auch einen faltprospekt. waehrend mit hilfe der fragekarten die wuensche der bevoelkerung ueber fragen der friedhofs- und grabgestaltung ermittelt werden sollen, gibt der prospekt in wort und bild praktische anregungen ueber zeitgemaesse gestaltungsmoeglichkeiten.

die idee, die friedhoeefe schlicht und einfach zu gestalten, geht bereits auf kaiser josef 2. zurueck - so weiss der prospekt zu berichten. neuangelegte graeberfelder auf den wiener friedhoefern werden flach und ueberwiegend gaertnerisch gestaltet. in aelteren friedhofsteilen gibt es weiterhin graeber im herkoemmlichen stil. es besteht die wahlmoeglichkeit zwischen beiden varianten.

freilich ist das ziel - und dies soll auch in der neugestalteten friedhofsordnung zum ausdruck kommen - der ''gepflegte friedhof'', wo weder ueberladener prunk noch verwahrloste grabstaetten das gesambild stoeren sollen. auch die wenig geschmackvolle verwendung naturfremder materialien zur grabgestaltung soll vermieden werden.

neben interessanten historischen details ueber die entwicklung der wiener friedhoeefe und ueber die ruhestaetten beruehmter persoenlichkeiten gibt der prospekt der stadtverwaltung auch noch den hinweis auf die musterschau fuer zeitgemaesse grabgestaltung im zentralfriedhof (2. tor, rechts vom hauptweg), die anregungen bieten moechte.

0848

tv-sendung zum nationalfeiertag:

''astronaut'' conrads telefoniert mit marek

3 wien, 24.10. (rk) samstag, 25. oktober, um 20.15 uhr, strahlt das oesterreichische fernsehen anlaesslich des nationalfeiertages die unterhaltungssendung ''guten abend in oesterreich - austria 136'' aus. heinz conrads landet dabei auf dem im studio nachgebauten planeten ''austria 136'' und begruesst von dort via satelliten-telefon eine reihe prominenter oesterreicher, darunter auch wiens buergermeister bruno m a r e k . quintessenz der planetenbesichtigung, ueber die conrads zur erde berichtet: es schaut eigentlich gar nicht so viel anders aus als bei uns in oesterreich.

0931

autobuslinie 6 nur bis albertinaplatz

5 wien, 24.10. (rk) wegen der umbauarbeiten am karlsplatz koennen ab montag, dem 27. oktober, die autobusse der linie 6 nicht wie bisher zur end- und anfangsstation karlsplatz/stadtbahngaeude, sondern nur bis zum albertinaplatz gefuehrt werden. in der fahrtrichtung zur stadt gilt die bisherige haltestelle augustinerstrasse 1 als endstation. in der fahrtrichtung nach gersthof die bisherige haltestelle augustinerstrasse 4 als anfangsstation.

0940

die umleitungen in der kommenden woche
sperre der laxenburger strasse

4 wien, 24.10. (rk) eine gravierende verkehrsmassnahme tritt voraussichtlich fuer 16 monate ab kommenden montag in kraft: die sperre der laxenburger strasse zwischen der peralbin hansson-strasse und der ober-laaer strasse. ursache dafuer ist der bau einer bruecke, auf der kuenftig die laxenburger strasse ueber die autobahn und ueber die gleise der oebb gefuehrt wird. die sperre gilt auch fuer die fussgaenger.

die umleitung des verkehrs erfolgt von der laxenburger strasse durch den strassenzug raxstrasse - favoritenstrasse - himberger strasse - ober-laaer strasse fuer beide fahrt-richtungen.

von der umleitung ist natuerlich auch die autobuslinie 66 a betroffen: die strecke raxstrasse - munchplatz wird wie bisher befahren. die linienfuehrung liesing erfolgt von der neilreichgasse ueber die raxstrasse - triester strasse - anton baumgartner-strasse nach liesing und in der gegenrichtung ab purkytgasse durch die triester strasse - altdorferstrasse - raxstrasse - zohmanngasse - migerkastrasse - neilreichgasse. die linie inzersdorf wird von der purkytgasse durch die sterngasse - pfarrgasse - draschestrasse - laxenburger strasse - ober-laaer strasse - neilreichgasse - draschestrasse zurueck zur purkytgasse gefuehrt.

ein kleines ''trostpflaster'' fuer die autofahrer gibt es seit heute, freitag: die sperre der laxenburger strasse im bereich der gudrunstrasse fuer den verkehr in richtung stadteinwaerts wurde aufgehoben.

in der kommenden woche wird zudem die hadikgasse in voller breite wieder fuer den verkehr in richtung stadt-
auswaerts zur verfuegung stehen. die strassenbauarbeiten im bereich der st. veit-bruecke werden mittwoch oder donners-
tag beendet sein.

mehr wien-besucher, mehr uebernachtungen
der fremdenverkehr im september

6 wien, 23.10. (rk) gegenueber september 1968 hat sich die zahl der touristen und urlauber, die wien im vergangenen monat besucht haben, um 7,9 prozent erhoeht, auch die zahl der uebernachtungen ist gestiegen, und zwar um 5,5 prozent. im einzelnen meldet das statistische amt der stadt wien folgende zahlen ueber den fremdenverkehr im september 1969 (zahlen vom september 1968 in klammern):

im berichtsmonat verzeichneten die wiener beherbergungsbe-
triebe insgesamt 153.786 gaeste, das sind um 11.380 oder 7,9 pro-
zent mehr als im gleichen zeitraum des jahres 1968. die zahl
der naechtungen hat sich um 22.304 auf 425.160 (402.856)
erhoeht, hier betraegt die zunahme 5,5 prozent.

die mehrzahl der wien-besucher, und zwar 131.959 (121.005)
personen, kam aus dem ausland. mit 34.076 (30.938) nehmen, wie auch
im monat vorher, die gaeste aus der deutschen bundesrepublik den
ersten platz in der laender-statistik ein, dicht gefolgt
von 26.204 (19.956) wien-touristen aus den usa. an dritter stelle
liegen wieder - ebenso wie im vormonat - die besucher aus
italien mit 7.814 (6.042) personen, dann folgen 6.817
(9.609) tschechoslowaken, 5.862 (5.768) schweizer und 4.897
(6.057) englaender.

die wiener jugendherbergen verzeichneten 6.178 (5.972)
gaeste, davon kamen 4.847 (4.662) aus dem ausland.

verhandlungen slavik - koren

7 wien, 24.10. (rk) vizebuergermeister felix s l a v i k
u r d finanzminister stephan k o r e n werden am kommenden
montag, dem 27. oktober, die verhandlungen ueber den bundeszu-
schuss zum wiener u-bahn-bau fortfuehren. die beiden politiker
hatten sich vor einigen tagen auf ''neutralem'' boden auf
diesen termin geeinigt. das gespraech findet im finanzministerium
statt.

1057

achtung richtigstellung

laxenburger strasse erst ab 3. november gesperrt

9 wien, 24.10. (rk) die sperre der laxenburger strasse
zwischen per albin hansson-strasse und der oberlaaer strasse
erfolgt nicht schon am kommenden montag, sondern erst eine woche
danach, naemlich am 3. november. wir bitten diesen irrtum in
unserer heutigen meldung ueber die umleitungen der kommenden
woche zu entschuldigen.

1130

wiener Landtag (1):

wer keinen parkplatz baut, muss mehr zahlen

8 wien, 24.10. (rk) der wiener Landtag beschloss am freitag insgesamt elf gesetze, von denen die meisten jedoch nur aus formalen gruenden (gemeindeverfassungsnovelle 1962) beraten werden mussten. es handelt sich um folgende gesetze: pflichtschulorganisationsgesetz, feldschutzgesetz, garagengesetznovelle 1969, gesetz ueber die befreiung von anliegerbeitraegen, opferfuersorgeabgabegesetz, gesetz ueber die gemeindevermittlungsaemter, totenbeschauordnung, gesetz ueber transport und exhumierung von Leichen und feuerbestattungsgesetz.

zur angleichung an die bundesgesetzliche regelung wurden die besoldungsordnung und die pensionsordnung novelliert.

ein antrag der oevp moechte in der neuen bauordnung die festsetzung einer frist bei begutachtungen durch den fachbeirat fuer stadtplanung verankert wissen.

ueber die novelle zum wiener pflichtschulorganisationsgesetz referierte stadt j a c o b i (spoe), die darauf hinwies, dass es sich lediglich um eine formale anpassung an die bundesverfassung handle.

auch die novellierung des wiener feldschutzgesetzes erfolgte aus diesem grund, doch erklaerte stadtrat k r a s s e r (oevp), dass man bei dieser gelegenheit zugleich die vielfach veralteten vorschriften, sie stammten aus dem vorigen jahrhundert, den heutigen erfodernissen angepasst habe.

1.100 schilling pro quadratmeter

stadtrat k r a s s e r berichtete sodann dem Landtag auch ueber die novelle zum wiener garagengesetz. man habe dieses gesetz nicht nur in formalrechtlicher beziehung abgeaendert, sondern auch den rahmen fuer die ausgleichsabgabe, die dann bezahlt werden muss, wenn ein gesetzlich vorgeschriebener abstellplatz nicht gebaut werden kann, von derzeit 300 bis 800 auf 300 bis 1.500 schilling erhoehrt. im entwurf fuer die

verordnung sei jedoch vorgesehen, dass der einheitsatz nur auf 1.100 schilling pro quadratmeter nicht gebauten abstellplatzes erhoht werden soll.

abg. m a t z a (oevp) regte an, kuenftig nicht einen einheitssatz in anwendung zu bringen, sondern die abstellflaechen entsprechend ihrer lokalisierung unterschiedlich zu bewerten. ausserdem reklamierte der redner einen nachweis darueber, ob und wo die gemeinde wien mit den aus der ausgleichs-abgabe einfliessenden mitteln neue parkplaetze gebaut habe. matza warf zudem der stadtverwaltung vor, sie tue zu wenig, um der parkplatzmisere vor allem innerhalb des guertels herr zu werden. die privatinitiative sei ohne ausreichende foerderung durch die oeffentliche hand nicht imstande, genuegend neue parkplaetze zu schaffen.

in seinem schlusswort wies stadtrat krasser ebenso wie der debattenredner auf die notwendigkeit hin, das garagen-gesetz von grund auf zu novellieren. (forts.)

wiener landtag (2):

opferfuersorge-abgabegesetz verlaengert

10 wien, 24.10. (rk) abg. leopold w i e s i n g e r (spoe) referierte die abaenderung des gesetzes ueber die befreierung von anliegerbeitraegen. die abaenderung diente der anpassung an die bundes-verfassungsgesetznovelle 1962. sie wurde einstimmig angenommen.

eine abaenderung des opferfuersorge-abgabegesetzes referierte lhptmstv. felix s l a v i k (spoe). diese vorlage diente ebenfalls der anpassung an die bundesverfassung, aber auch einer verlaengering des gesetzes bis zum 31. dezember 1973. der berichterstatter ging auf gewisse einwaende aus dem begutachtungsverfahren ein: es stimme, dass sich die zahl der kriegsbeschaedigten und der opfer politischer verfolgung verringere. dem stehe aber ein steigender aufwand gegenueber. die vorlage wurde einstimmig angenommen.

auch die vorlage ueber die abaenderung des gesetzes ueber die gemeindevermittlungsaemter (berichterstatter stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g, spoe) wurde einstimmig angenommen. ausser der anpassung an die bundesverfassung brachte sie eine verlaengering der funktionsperiode der vertrauensmaenner auf fuenf jahre (bisher drei).

zur abaenderung des gesetzes ueber die totenbeschauordnung fuer wien erklarte der berichterstatter, stadtrat dr. hannes k r a s s e r (oevp), es handle sich hier um sehr antiquierte rechtsvorschriften. deshalb legte er auch einen antrag des gemeinderats-ausschusses der verwaltungsgruppe 13 vor, sobald wie moeglich einen gesetzentwurf zur neuregelung des leichen- und bestattungswesens auszuarbeiten. (der antrag bezog sich auch auf die zwei darauf folgenden tagesordnungspunkte des landtages.)

zu dieser vorlage, die ebenfalls der anpassung an die bundesverfassung diente, sprachen zwei debattenredner: labg. dr. albert s c h m i d t (fpoe) meinte, es haette schon laengst eine zeitgemaesse regelung dieses komplexes gefunden werden koennen. doch im magistrat habe man anscheinend keine zeit dafuer gehabt, da man ja auch mit der anpassung an die bundesverfassung bis zum letzten augenblick zugewartet habe.

Labg. adalbert b u s t a (spoe) erklarte, auch seine fraktion werde der nun geplanten anpassung nicht mit besonderer begeisterung zustimmen, weil die gesetze zum komplex der leichenbestattung und der totenbeschau tatsaechlich 'alte schwarten' seien. deshalb sei es ja zu dem antrag des zustaendigen gemeinderatsausschusses gekommen.

die vorlage wurde einstimmig angenommen, ebenso der antrag des ausschusses einstimmig zugewiesen.

naechste vorlage (berichterstatter stadtrat dr. hannes krasser, oevp) war die aenderung der bestimmungen ueber 'den transport und die ausgrabung von leichen'. zweck: anpassung an die bundesverfassung. einstimmige annahme.

darauf folgte die abaenderung der gesetze ueber die feuerbestattung (berichterstatter stadtrat dr. hannes k r a s s e r, oevp). zweck: anpassung an die bundesverfassung. einstimmige annahme.

verbesserungen fuer bedienstete

einstimmig angenommen wurden zwei gesetze, die materielle verbesserungen fuer die staedtischen beamten bringen. berichterstatter war bei beiden vorlagen stadtrat dkfm. h i n t s c h i g (spoe).

bei der vierten novelle zur besoldungsordnung 1967 geht es in erster linie um die neufassung der bestimmungen ueber die haushaltszulage, die eine vereinfachung des bisherigen verfahrens bezweckt. dies soll vor allem dadurch erreicht werden, dass die faelle des freien ermessens in anspruchsfaelle umgewandelt werden. das hoechstalter, bis zu dem fuer ein kind der steigerungsbetrag der haushaltszulage gebuehrt, soll vom 25. lebensjahr auf das 27. lebensjahr hinaufgesetzt werden.

die erste novelle zur pensionsordnung 1966 steht in zusammenhang mit der vierten novelle zur besoldungsordnung 1967. neben einigen formellen aenderungen ging es hier um die beseitigung einer unbefriedigenden auswirkung im zusammenhang mit

der dienstalterszulage fuer pensionisten. das hoechstalter, ,
bis zu dem die waisenversorgung gebuehrt, wird vom 25. auf
das 27. lebensjahr hinaufgesetzt. damit wird auch eine an-
passung an das familienlastenausgleichsgesetz 1967 erzielt.
(schluss landtag)

1247

wiener Landtag (zusammenfassung)

12 wien, 24.10. (rk) von den elf gesetzen, die der wiener Landtag in seiner freitag-sitzung beschloss, wurden neun gesetze nur wegen der anpassung an die vorschriften der gemeindeverfassungsnövelle 1962 beraten. bei der garagengesetznovelle wurde allerdings gleichzeitig der rahmen fuer die ausgleichsabgabe erhoehrt (von 800 auf 1.500 schilling). diese abgabe muss dann bezahlt werden, wenn ein abstellplatz nicht gebaut werden kann.

abg. m a t z a von der oevp regte an, kuenftig eine staffelung entsprechend der lage vorzunehmen. ueberdies war man sich einig, dass das garagengesetz von grund auf novelliert werden muesse.

im zusammenhang mit gesetzen ueber totenbeschau und bestattung wurde kritik laut, dass es sich hier um sehr antiquierte rechtsvorschriften handelt. stadtrat dr. k r a s s e r (oevp) legte deshalb auch einen antrag seines ausschusses vor, einen gesetzentwurf zur neuregelung dieser materie auszuarbeiten.

zwei neue personalgesetze bringen in anpassung an die bundesregelung einige kleinere verbesserungen fuer die gemeindebediensteten: eine n o v e l l e der besoldungsordnung und der pensionsordnung.

wiener gemeinderat (1)

11 wien, 24.10. (rk) wichtigster beschluss des wiener gemeinderates (vorsitz buergermeister marek) am freitag: die genehmigung von mehr als einer milliarde schilling fuer die arbeiten am ersten bauabschnitt der wiener u-bahn.

insgesamt umfasste die tagesordnung 99 geschaeftsstuecke, von denen 91 ohne debatte angenommen wurden (siehe auch unseren bericht: ''gemeinderatsnachlese'').

anfragen und antraege

die dfp hatte zwei dringliche anfragen eingebracht, und zwar nach einem ersatz der autobuslinie 63 und wegen der neuverteilung der zahl der fuersorgeraete im sinne des wahlergebnisses. (darueber wird vor schluss der sitzung abgestimmt.)

die antraege: leuchtfarben fuer strassenreinigungspersonal und neue entruempelungsaktion (dfp). - instandsetzung der gedenktafel fuer den erfinder der postkarte (fpoe). - erichtung von badeseen aus baggerteichen, vorschlaege fuer die gestaltung des phorusplatzes und beibehaltung der autobuslinie 63 (alle oevp).

nun wurden die mitglieder der gemeinderaetlichen personalkommission gewaehlt. es sind dies zweielf gemeinderaete und elf staedtische beamte, die auf die dauer von zwei jahren gewaehlt werden.

verbesserung der betriebs-kreditaktion

ueber eine aenderung der kreditaktion zur foerderung von betriebsneuansiedlungen und strukturverbessernden betriebsverlagerungen in wien referierte gr. hans m a y r (spoe). danach koennen nun auch solche unternehmen um kredite ansuchen, die bauliche erweiterungsinvestitionen vornehmen.

./.

gr. s c h r e i n e r (spoe) bezeichnete es als erfreulich, dass die konditionen dieses kredits verbessert werden, so dass nun auch aeltere unternehmen an der aktion teilnehmen koennen. der hilfe der wirtschaft durch die stadtverwaltung komme umso groessere bedeutung zu, als die wiener wirtschaft, nach einem rasanten aufstieg in der nachkriegszeit, in den 60er-jahren verflachungerscheinungen zeigte.

gr. dr. m a c h e r (oevp) bezeichnete die verbesserung der betriebs-kreditaktion als zu duerftig. auch sei es widerspruechlich, auf der einen seite der wirtschaft zu helfen, neue arbeitsplaetze zu schaffen, und andererseits diese arbeitsplaetze zu besteuern, wie es im zusammenhang mit dem u-bahnbau geschehen sei. abschliessend bemaengelte der debattenredner das fehlen eines generellen wirtschaftsplanes, der in ein mittel- und langfristiges konzept gegliedert sein muesste.

in seinem schlusswort stellte gr. m a y r fest, dass keine divergenz bestehe zwischen der schaffung von arbeitsplaetzen und der u-bahnsteuer. wenn die ertragslage von betrieben mit hilfe der stadtverwaltung verbessert wird, dann koenne man auch verlangen, dass die betriebe zur verbesserung der infrastruktur der stadt beitragen.

abstimmung: e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n .

beginn des u-bahn-baues: 3. november

stadtrat kurt h e l l e r (spoe) referierte einen antrag auf genehmigung von insgesamt 1.054,000.000 schilling und einer ersten baurate fuer das jahr 1969 in der hoehe von 39 millionen schilling fuer die arbeiten am 1. bauabschnitt fuer das grundnetz der wiener-u-bahn. die vorarbeiten sind so weit fortgeschritten, dass am 3. november mit dem bau begonnen werden koenne. laut gemeinderatsbeschluss vom 26. jaenner 1968 werde man zunaechst mit dem ausbau des grundnetzes u 1, 2 und 4 beginnen.

die vorarbeiten wurden von einem team von fachleuten der stadt, aber auch von freischaffenden experten durchgefuehrt und umfassten vermessungsarbeiten, geodaetische aufnahme unterirdischer einbauten, boden- und gebaeudefundamentepruefungen, bauzustandspruefungen sowie untersuchungen ueber zivil- und brandschutz, entlueftungsmassnahmen und voraussetzungen sowie bereits erfolgte durchfuehrung von verkehrsumleitungen.

es ist beabsichtigt, mit dem bau der tunnelroehren vom stock im eisen-platz - kaerntner strasse bis paulanergasse (exklusive des stephanplatzes) sowie von der secession bis zum kuenstlerhaus zu beginnen, ein mehrgeschossiges bauwerk auf dem karlsplatz und ein unterwerk der wiener e-werke zu errichten sowie umbauten am lauf des wienflusses und der wientalstadtbahn zwischen verkehrsbuero und lothringerstrasse vorzusehen. es wurde vorsorge fuer groesstmoegliche sicherheit im oeffentlichen verkehr und eine geringstmoegliche stoerung des wirtschaftslebens getroffen. in dem beantragten sachkredit sind 15 prozent - das sind 160 millionen schilling - fuer unvorhergesehene ereignisse eingeplant. (forts.)

gemeinderat (2)

u-bahn-debatte

15 wien, 24.10. (rk) in der debatte nach dem referat von stadtrat h e l l e r sprachen je ein vertreter von spoe, oevp und fpoe.

gr.dr. s c h m i d t (fpoe) begruesst den antrag, bedauert jedoch, dass weder ein finanzierungs- noch ein ausbauprogramm vorgelegt wurde. unsere u-bahn-finanzierung sei nach wie vor aeusserst unsicher. obwohl man weiss, dass der bundeszuschuss nicht existent sei, habe man ihn ins gemeindebudget aufgenommen. andere staedte, wie zum beispiel muenchen, verfuegen fuer derartige bauten ueber eine eigene finanzierungsgesellschaft. das fehlen eines grundsatzkonzeptes werde sich auf weitere sachkreditgenehmigungen unguenstig auswirken.

gr. n e u s s e r (oevp) schreibt es der beharrlichkeit seiner fraktion zu, dass sich die mehrheit dieses hauses nach rund 20 jahren von der notwendigkeit der schaffung einer zweiten verkehrsebene ueberzeugen liess.

das grunduebel bei allen bauausfuehrungen sei das fehlen eines "generalverkehrsplanes". dies fuehre immer wieder zu unbefriedigenden detailloesungen und unpopulaeren steuern wie etwa die arbeitsplatzbesteuerung. diese steuer sei von einem bestimmten bevoelkerungsteil, oder wie es der vizebuergemeister im fernsehen ausgedruckt habe, von den "betroffenen" zu bezahlen. vbgm. s l a v i k wirft ein: "das ist ja falsch, das unternehmen bezahlt. dies ist eine betriebsausgabe, das sollten sie schon gelernt haben."

der redner brachte dann einen a n t r a g ein, der vorsieht, "zur vermeidung einer verkehrskatastrophe im raume des karlsplatzes und zur verhinderung einer fehlplanung" den bau eines strassentunnels fuer die weiterfuehrung der wientalbegleitstrassen zu planen.

./.

in seiner jungfernrede betonte gr. heinz n i t t e l (spoe), die kommende zeit ~~des~~ u-bahn-baues und der verwirklichung des hochwasserschutzes sei in ihrer dimensionen nur jener zeit im vorigen jahrhundert vergleichbar, da ringstrasse, hochquellenwasserleitung und rathaus gebaut wurden. der damalige buergermeister cajetan felder habe sich bitter ueber kleinliche widerstaende beklagt - widerstaende, wie sie auch jetzt zu beobachten sind.

zum thema bundeszuschuss erklaerte nittel, die oevp habe vor den gemeinderatswahlen niemals davon gesprochen, dass dieser zuschuss an irgendwelche bedingungen geknuepft ist. umso beklagenswerter sei daher der - ebenfalls von der oevp durchgefuehrte - einspruch gegen diesen zuschuss im bundesrat. trotz allem werden die stadt wien den bau der u-bahn in angriff nehmen. nittel sagte, er hoffe, dass die bundesstellen in dieser sache doch noch zur besinnung kommen werden.

in seinem schlusswort setzte sich stadtrat h e l l e r mit dem vorwurf auseinander, dass immer noch ein endgueltiges ausbau- und finanzierungsprogramm fehle. er verwies darauf, dass mehr als ein dutzend ausbauprogramme und variationsmoeglichkeiten ausgearbeitet, in den zustaendigen ausschuessen besprochen und schliesslich in einer ausstellung der oeffentlichkeit vorgestellt wurden. dass dennoch der endgueltige beschluss zu einem ausbauprogramm fehle, haenge neben den erfahrungen, die man noch sammeln wolle, in erster linie damit zusammen, dass das notwendige finanzierungsprogramm schon deshalb nicht erledigt werden koenne, weil man nicht wisse, wie sich der bund schliesslich verhalten werde. auch spielen eine ganze reihe rechtlicher probleme eine rolle, die nicht ohne weiteres zu erledigen seien. beispielsweise muesse die praxis lehren, wie rasch sich servitute erwerben und freimachen lassen. aber selbst das endgueltig beschlossene ausbauprogramm wird vermutlich nicht fuer die ganze dauer der 15- oder 20-jaehrigen bauzeit gueltigkeit haben.

der referent ging in der folge auf die sogenannten fehlplanungen und im speziellen auf das problem matzleinsdorfer platz ein und stellte fest, dass man gluecklich sein muesse, dass seinerzeit - naemlich vor zwanzig jahren - dieses verkehrsbauwerk nur einen teilausbau erfahren habe und man jetzt, den verkehrsverhaeltnissen entsprechend, einen weiteren ausbau vornehmen konnte.

abstimmung: e i n s t i m m i g angenommen. (forts.)

1426

gemeinderat (3)

darlehen fuer hauptklaeranlage

16 wien, 24.10. (rk) ueber die aufnahme eines kredites fuer den ersten bauabschnitt der hauptklaeranlage in simmering referierte gr. hans m a y r (spoe). der magistrat wird beim wasserwirtschaftsfonds ein darlehen in der hoehe von 115,5 millionen schilling aufnehmen. fuer den ersten bauabschnitt der hauptklaeranlage sind insgesamt 330 millionen erforderlich, die gesamtkosten werden sich auf 635 millionen schilling belaufen.

gr. s t o c k i n g e r (spoe) skizzierte als debattenredner den leidensweg, den die stadtverwaltung gehen musste, um den erstrebten kredit zu erhalten. nach dem wasserbaufoederungsgesetz koennten bis zu 70 prozent der baukosten kreditiert werden, wien erhalte jedoch nach langwierigen verhandlungen lediglich 35 prozent. rund 46 prozent der beitraege fuer den wasserwirtschaftsfonds werden von wien aufgebracht, in der zuteilung der mittel wird die bundeshauptstadt jedoch krass benachteiligt: von 810 millionen schilling, die der wasserwirtschaftsfonds 1969 als darlehen vergibt, erhaelt wien nur 14 prozent.

abstimmung: e i n s t i m m i g angenommen.

3,9 millionen fuer sportfoerderung

gr. herbert m a y r (spoe) beantragt, im rahmen der sportfoerderungsaktion 3,904.000 schilling zur verfuegung zu stellen.

./.

gr. prof. bittner (oevp): erfreulich dass die stadtverwaltung den verbaenden nun auch zuschuesse fuer die erhaltung der sportanlagen gibt. das problem der erhaltung und benuetzung der sportplaetze muesste in einem kuenftigen sportgesetz geregelt werden. dem sportbeirat selbst muesste mehr beratungsrecht eingeraeumt werden. leider seien die intervalle zwischen den einzelnen sitzungen zu lang. die letzte fand im jaenner 1968 statt.

fuer die geraeumte sportanlage wienerfeld muesste ehestens ersatz geschaffen werden. obwohl der bund fuer diesen zweck bereits 1,6 millionen schilling zur verfuegung gestellt hat, sei bisher nichts geschehen.

gr. herbert m a y r stellt im schlusswort fest, dass heuer den sportvereinen insgesamt 15,4 millionen schilling zur verfuegung gestellt wurden. die raeumung des sportplatzes wienerfeld stehe im zusammenhang mit dem autobahnbau und musste daher ohne verzoegerung erfolgen. es wurde jedoch eine einstweilige anderwertige unterbringung des vereines ermoeeglicht.

abstimmung: e i n s t i m m i g angenommen. (forts.)

gemeinderat (4)

2,5 millionen fuer sozialwerk

18 wien, 24.10. (rk) gr. b u s t a (spoe) referierte ueber eine subvention fuer das sozialwerk der gewerkschaft der gemeindebediensteten, landesgruppe wien. fuer dieses sozialwerk, das sich kulturellen und sozialen zwecken widmet, sollen 2,5 millionen schilling bewilligt werden. busta hielt fest, dass das sozialwerk sich auch der erholung und freizeitgestaltung der 88.000 mitglieder unter einschluss er pensionisten und der familienangehoerigen widmet.

in der debatte berichtete gr. rudolf p o e d e r (spoe) ueber die taetigkeit des sozialwerks, das acht erholungsheime mit rund 450 betten fuehrt. zu den einrichtungen gehoeren unter anderem auch drei strandbaeder an der alten donau. ...

gr. fritz h a h n (oevp) kritisierte nicht nur die hoehe des gewerkschaftsbeitrages bei den gemeindebediensteten, sondern auch den ''gruppenegoismus'' zwischen den angehoerigen der einzelnen hauptgruppen.

nach im sprach gr. otto h i r s c h (spoe), der die aeusserungen hahns als eine ''demagogische herabsetzung des sozialwerks'' bezeichnete.

in einer neuerlichen wortmeldung zitierte gr. h a h n ein gewerkschaftsprotokoll aus dem jahre 1965, in dem ebenfalls von gruppenegoismus die rede ist.

gr. b u s t a wies im schlusswort darauf hin, dass es nicht sache des gemeinderates sei, gewerkschaftsinterne probleme zu diskutieren.

abstimmung: e i n s t i m m i g angenommen.

kreditaktion fuer gaststaetten

zur weiteren modernisierung der wiener gaststaetten wurde die 1962 geschaffene kreditaktion erweitert. gr. ing. walter h o f s t e t t e r (spoe) referierte darueber. fuer die errichtung von heiz- und lueftungsanlagen wurde die kredit-

hoehe von maximal 100.000 s auf 150.000 s, fuer kuechen-
fuehrende betriebe von 150.000 auf 200.000 s hinaufgesetzt.
bereits gewaehrte kredite koennen ebenfalls aufgestockt
werden.

gr. hans paulas (spoe) betonte dazu, dass diese
kreditaufstockung von entscheidender bedeutung sei, zumal
der kreditnehmer in fuenf jahren nur die haelfte zinsfrei
zurueckzahlen muss und damit von der stadt wien 100.000 schil-
ling bekommt. nirgends in oesterreich werde das gastgewerbe
so gefoerdert wie in wien. die seit 1962 erfolgreich laufende
kreditaktion komme vor allem der struktur der wiener gastbe-
triebe entgegen. von den 3.733 gastronomischen betrieben werden
allein 1.476 (40 prozent) ohne arbeitnehmer gefuehrt.

abstimmung: einstimmig angenommen.

staedtebauliche bearbeitung des 9. bezirktes

gr. dipl.-ing. blaschka (oevp) beantragte, architekt
dipl.-ing. rudolf weichinger mit der staedtebaulichen bearbeitung
des 9. bezirktes zu beauftragen.

gr. tumas (dfp) stellt fest, dass nach meinung seiner
fraktion jede staedtebauliche detailplanung so lange sinnlos
sei, als nicht ein umfassender generalverkehrsplan aufliege,
der die wechselwirkung verkehr - verkehrsmittel - bebauung
beruecksichtige. die beabsichtigte bearbeitung fuer den 9. bezirk
werden das gleiche schicksal wie alle alle bisherigen
planungen in dieser stadt erfahren: sie wird erstellt, diskutiert,
mit beifall bedacht und in einer schublade vergessen werden. seine
fraktion fordere, dass man mit der mentalitaet des fortwurstelns
endlich ein ende mache.

abstimmung: einstimmig angenommen. (forts.)

gemeinderat (5)

uneinbringliche forderungen

19 wien, 24.10. (rk) gr. d e i s t l e r (spoe) stellte den antrag, die forderungen der stadtverwaltung gegen die firma surol werke in der hoehe von mehr als 445.000 schilling wegen uneinbringlichkeit abzuschreiben. das konkursverfahren gegen diese firma sei im februar 1969 aufgehoben worden, gegen die firmenteilhaber koenne nicht mit exekution vorgegangen werden.

als debattenredner gab dr. t u m a (dfp) zu bedenken, dass ein betrag von fast einer halben million im konkurs einer vertragsfirma der gemeinde wien doch nicht einfach spurlos versickern und verschwinden koenne. ein privatunternehmer, der diese haltung einnimmt, wird sich nicht lange seiner eigenen zahlungsfahigkeit erfreuen. warum habe man sich nicht vorher ueber die bonitaet des partners erkundigt, warum wurde die durchfuehrung der arbeiten nicht laufend kontrolliert?

dazu gr. deistler: die firma habe vorher zur zufriedenheit der gemeinde wien gearbeitet.

abstimmung: mit den stimmen von spoe und oevp a n g e - n o m m e n.

dringliche anfragen

in begruendung einer dringlichen anfrage der fpoe wegen der beabsichtigten auflassung der bettenstation der hno-abteilung des rudolfspitals sprach gr. dr. h i r n s c h a l l: gegen diese absicht des anstaltenamtes bestehen ernste bedenken seitens der aerzteschaft. vom medizinischen standpunkt sei es voellig untragbar, bei einer operativen abteilung die bettenstation aufzulassen. schon derzeit betraegt die wartezeit fuer eine mandeloperation in wien ca. zwei monate.

abstimmung: mit den stimmen von spoe und oevp a b g e - l e h n t.

./.

zur dringlichen anfrage der dfp, die fuersorgeraete betreffend' sprach gr. o l a h : er verlangte, den stand der fuersorgeraete dem wahlergebnis entsprechend zu berichtigen. es werden zwar ausscheidende fuersorgeraete ersetzt, dem wahlergebnis werden jedoch nicht r u c h n u n g getragen.

abstimmung: mit den stimmen von spoe und oevp a b g e - l e h n t.

gr. m u e l l e r (dfp) begruendete die dringliche anfrage seiner fraktion wegen der autobuslinie 63. er stellt die frage, ob die meldung ueber die einstellung dieser linie der wahrheit entspricht und in welcher form an eine ersatzlinie gedacht ist. die berechtigten ansprueche der bevoelkerung auf ein massenverkehrsmittel muessen beruecksichtigt werden.

abstimmung: mit den stimmen spoe, oevp, fpoe a b g e l e h n t .

(ende des sitzungsberichtes.)

1557

wiener gemeinderat (zusammenfassung)

20 wien, 24.10. (rk) dreieinhalb stunden dauerte die sitzung des wiener gemeinderates am freitag, bei der 91 geschaeftsstuecke ohne debatte angenommen wurden. nur zu zwei tagesordnungspunkten, naemlich der bewilligung von mehr als einer milliarde fuer den ersten bauabschnitt der wiener u-bahn und zu einer subvention fuer das sozialwerk der gemeindebediensteten sprachen mehrere debattenredner.

stadtrat h e l l e r hob hervor, dass fuer die u-bahn mehr als ein dutzend ausbauprogramme ausgearbeitet und diskutiert wurden. der debattenredner der freiheitlichen, dr. schmidt, bedauerte, dass kein finanzierungs- und ausbauprogramm vorgelegt wurde; gemeinderat neusser (oevp) verlangte, die wientalbegleitstrassen im raum karlsplatz mit einem strassentunnel weiterzufuehren. gemeinderat nittel (spoe): er hoffe, dass der beeinspruchte bundeszuschuss fuer den u-bahn-bau doch noch zustandekomme.

der antrag, ein darlehen von 115,5 millionen schilling beim wasserwirtschaftsfonds fuer den ersten bauabschnitt der hauptklaeranlage aufzunehmen, nahm gemeinderat stockinger zum anlasse, um den leidensweg zu skizzieren, den die stadtverwaltung wegen dieses kredites machen musste. normalerweise koennen bis zu 70 prozent der baukosten kreditiert werden, wien bekomme jedoch nur 35 prozent. von den 810 millionen, die der wasserwirtschaftsfonds heuer als darlehen vergibt, erhaelt wien nur 14 prozent, obwohl 46 prozent der beitraege fuer den fonds in der bundeshauptstadt aufgebracht werden.

1602

gemeinderats-nachlese

13 wien, 24.10. (rk) in der sitzung des wiener gemeinderates am freitag wurde eine reihe von antraegen ohne debatte angenommen. dazu gehoert der bau des rechten donausammelkanals im handelskai vom donaukai-bahnhofsplatz bis zum mexikoplatz. 14,660.000 schilling wurden dafuer genehmigt.

eine reihe von sportverbaenden und -vereinen erhielt kostenbeitraege in der gesamthoehe von 1,835.000 schilling. an insgesamt zwoelf vereinigungen und einrichtungen wurden subventionen von 1,206.000 schilling vergeben.

weiter gewaehrt die stadt wien der **wiener gebietskrankenkasse** ein darlehen von 21,9 millionen schilling zur errichtung eines zentralambulatoriums im 21. bezirk.

auch mit der instandsetzung des beethovenhauses (19. probusgasse 6) beschaeftigte sich der gemeinderat: er genehmigte dafuer 2,750.000 schilling.

umfangreiche projekte wurden auf dem gebiet des wohnbaues beschlossen, so der 5. bauteil der grossfeldsiedlung mit 175 millionen schilling (725 wohnungen), die errichtung einer wohnhausanlage in der krottenbachstrasse mit 57,7 millionen schilling (233 wohnungen) und ein staedtisches wohnhaus in der wehlistrasse mit 4,630.000 schilling (18 wohnungen).

1350

besuch aus salzburg

14 wien, 24.10. (rk) freitag vormittag empfing buergermeister bruno m a r e k im wiener rathaus eine delegation der salzburger marktgemeinde groebing unter der fuehrung ihres buergermeisters fritz s c h o r n : die salzburger hatten einen ausflug nach wien unternommen und ueberbrachten dem wiener buergermeister eine schale aus untersberger marmor. der buergermeister revanchierte sich mit einem kristallaschenbecher. anschließend an dem empfang besichtigten die salzburger das wiener rathaus und unternahmen am nachmittag eine rundfahrt durch wien.

1341

daenischer oberbuergermeister in wien

17 wien, 24.10. (rk) freitag nachmittag hiess buergermeister bruno m a r e k in begleitung von wohlfahrtsstadtraetin maria j a c o b i den oberbuergermeister von kopenhagen, urban h a n s e n sowie dessen gattin in wien herzlich willkommen. der kopenhagener oberbuergermeister stattet wien aus anlass des diesjaehrige daenischen oesterreichischen freundschaftstages einen besuch ab. bei der ankunft am flughafen schwechat war auch der daenische botschafter aksel c h r i s t i a n s e n zugegen.

1444

preisguenstige gemuese- und obstsorten

21 wien, 24.10. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: karfiol 3 bis 4 schilling, paprika 40 bis 90 groschen je stueck, paradeiser 4 bis 6 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 1) 8 bis 10 schilling, birnen (qualitaetsklasse 1) 7 bis 8 schilling, weintrauben 5.50 bis 7 schilling je kilogramm.

1558

die praktischen aerzte danken der stadt wien

22 wien, 24.10. (rk) in vertretung des buergermeisters empfing freitag mittag stadtrat hubert p f o c h die mitglieder der tagung der van swieten-gesellschaft zu einem mittagessen im rathauskeller.

in seiner begruessungsansprache beschaeftigte sich der stadtrat mit den anstrengungen der stadt wien auf dem sektor des gesundheitswesens, die mit einem bedeutenden finanziellen aufwand verbunden sind. so werden viele millionen fuer die errichtung neuer spitaeler, fuer den neubau und adaptierung von altersheimen und **krankenhäusern für chronisch erkrankte** verwendet.

der praesident der aerztekammer, dr. d a u m e , dankte namens der praktischen aerzte fuer jene million schilling von der stadt wien n mit deren hilfe es moeglich wurde, den aerztedienst an wochenenden einzufuehren.

1604